

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattpreis.

Einzelhefte geöffnet von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postkassens: Frankfurt a. M. Nr. 7105.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gericht:

Tagblattpreis Nr. 6850-53.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postkassens: Frankfurt a. M. Nr. 7105.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: M. 104.—, in den Ausgabenstellen: M. 107.—, durch die Träger ins Haus gebracht: M. 115.— monatlich. — Bezugsbedingungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabenstellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Rührungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Einzelhefte: Ortsliche Anzeigen M. 12.—, Finanz- und Anzeigen M. 18.—, auswärtige Anzeigen M. 24.—, sonstige Anzeigen M. 30.—, ansonsten M. 36.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unwesentlicher Änderungen entfällt der Nachschub. — Schluss der Anzeigenannahme für die Ausgabe: 10 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Roripplatz 15380.

Dienstag, 12. September 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 425. • 70. Jahrgang.

Wiederaufnahme der Garantieverhandlungen in Paris.

Wie aus Paris gemeldet wird, werden die in Berlin unterbrochenen Verhandlungen wegen der Garantien für die der belgischen Regierung zu übergebenden Schahbonds in Paris fortgesetzt werden. Da die belgische Regierung die Annahme des letzten deutschen Vorschlags unter Hinweis darauf abgelehnt hat, daß die von der deutschen Regierung vorgeschlagene Prolongation der Schahbonds die Vollmachten übersteige, die sie selbst durch die Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August erhalten habe, besteht Anlaß zu der Vermutung, daß die Verhandlungen in Paris auf einer breiteren Basis geführt werden.

Die Staatssekretäre Bergmann und Fischer reisen nach Paris.

Br. Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie die B. V. N. hören, werden die Staatssekretäre Bergmann und Fischer heute nach Paris abreisen, um nach Scheitern der Verhandlungen mit Belgien der Reparationskommission auf Anfrage zur Verfügung zu stehen, falls diese die Lösung des Reparationsproblems wieder in die Hand nimmt. — Zu der neuen Pariser Reise der beiden Staatssekretäre erfahren wir noch, daß die Reparationskommission am 15. September zu einer Sitzung zusammentreten wird. Sie wird sich dann vor die Tatsache stellen, daß die deutsche Regierung Garantien geboten hat, mit denen sich Belgien einverstanden erklärt, daß aber von deutscher Seite eine Verlängerung der Laufzeiten der Schahbonds gefordert wird.

Beratungen des Reichskabinetts.

Br. Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinetts hielt gestern nachmittags eine Sitzung ab, in der jedoch mit dem Reparationsproblem zusammenhängende Fragen nur kurz gestreift wurden. Die deutsche Regierung kann im Augenblick keine andere als eine abwartende Haltung einnehmen, bis die Reparationskommission eine Entscheidung gefällt hat. Irrenwünsche Belgien dürften also heute nicht erfüllt werden. Die deutsch-belgischen Verhandlungen werden in Paris fortgesetzt und es soll mit dem Beginn schon heute zu rechnen sein.

Die Besprechung der belgischen Delegierten.

D. Paris, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die belgischen Delegierten sind nach Brüssel zurückgekehrt und haben gestern morgen mit Deunis und Jaisar eine lange Besprechung gehabt. Der Korrespondent des „Temps“ glaubt in der Lage zu sein, mitzuteilen, daß Deunis und Jaisar nach Anhörung des mündlichen Berichtes ihren Entschluß, der den Verhandlungen von Berlin ein Ende setzt hat, aufrechtzuerhalten. Man berichtet überdies in Brüssel, daß das in Berlin Samstagabend ausgegebene Kommuniqué ohne Wissen der belgischen Regierung verbreitet worden sei, also keineswegs ihre Auffassung wiedergibt.

D. Paris, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Es wird in unterrichteten Kreisen behauptet, daß der Beschluß des belgischen Kabinetts schon heute der Reichsregierung übermittelt werden würde. Man erwartet ferner zunächst eine Rückversicherung der deutschen Regierung, dann erst werde die belgische Regierung dem Wiederherstellungsausschuss Bericht erstatten.

Die Reparationskommission.

Br. Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) In Berlin ist noch keine Mitteilung darüber eingetroffen, wann die Reparationskommission zusammentreten wird, doch rechnet man damit, daß die erste Sitzung am 15. September stattfinden wird. Am Samstag dieser Woche kann also vielleicht schon eine Entscheidung vorliegen.

Englische Hoffnungen auf eine Lösung des Reparationsproblems.

W. T. B. London, 12. Sept. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ äußert von maßgebender Seite im Gegenstand der Pariser Besprechungen, wonach die Berliner Verhandlungen mit den Belgiern vollkommen gescheitert seien und wonach die Befriedigung des Verzuges Deutschlands unmittelbar bevorstehe, daß dies augenblicklich keineswegs die Auffassung der Reparationskommission ist. Soweit bekannt, haben die Belgier nicht die Forderung gestellt, daß ein Teil des Reichsbankguthabens nach einer ausländischen Bank übergeführt werden soll. Man dürfte nicht die Wirkung außer acht lassen, die eine Entnahme von etwa 300 Millionen Goldmark aus der Reichsbankreserve auf die Bank haben würde. Denn wenn infolge einer solchen Aktion die deutsche Mark der österreichischen Krone folgen würde, so würde dies nach Ansicht von maßgebenden Persönlichkeiten eine Einstellung der Reparationszahlungen für das ganze nächste Jahr bedeuten. Wenn die deutschen Reparationen bezahlt werden sollen, so müßte vor allem der deutsche Kredit wieder herbeigekallt werden. Es besteht noch immer die Hoffnung, daß das Garantienproblem gelöst werde.

W. T. B. London, 12. Sept. „Times“ berichtet aus Paris, es werde dort ausgegeben, daß die Rückkehr der belgischen Delegierten aus Berlin nicht das Ergebnis eines endgültigen Bruches sei. Die Hoffnung auf eine Regelung sei auf keinen Fall aufgegeben.

Empfang der Zeitungsverleger beim Reichspräsidenten.

Br. Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Reichspräsident Ebert empfing gestern nachmittags den Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Gegenstand der Beratung war die Notlage der Presse und die Erwägung der zu ihrer Förderung geeigneten Maßnahmen. Wie wir weiter hören, fand außerdem gestern nachmittags eine Kabinetsitzung statt, die sich mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte.

Die Arbeitervertreter beim Reichspräsidenten.

Br. Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Parteivorstand, vertreten durch Wels und Hermann Müller, und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, vertreten durch Graumann und Georg Schmidt, wurden am Montag vom Reichspräsidenten empfangen. Die Arbeitervertreter trugen dem Reichspräsidenten ihre Bedenken wegen der Zuspikung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor. Der Reichspräsident und der ebenfalls anwesende Reichswirtschaftsminister erläuterten die Haltung der Regierung und vertraten, ihr Möglichstes zu tun, um die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen.

Maßnahmen gegen Beunruhigungen im Industriegebiet.

Br. Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie die B. V. N. hören, wird sich das Reichskabinetts in einer Sitzung mit Vertretern der preussischen Regierung im Laufe des heutigen Tages mit den Lebensmittellieferanten in Hamburg beschäftigen, die, wie bekannt, zur Einkaufung eines kommunikativen, die Lebensmittelpreise regelnden Zentralausschusses geführt hatten. Die Folge der erzwungenen Preisüberhöhung war ein rascher Ausverkauf, der die meisten Lebensmittelverarbeiter, ihr Geschäft zu schließen. Wie die B. V. N. weiter erfahren, sind die Lebensmittelgeschäfte der Stadt Hamburg seit heute wieder geöffnet, doch gelten nicht mehr die erzwungenen Preise, sondern die Normalpreise des Industriegebietes. Um dem zweifellos vorhandenen Mangel so weit als möglich einzudämmen, hat der Oberpräsident der Provinz Preußen eine Zusammenfassung der drei Provinzialstellen für die gesamte Provinz mit dem Sitz in Dortmund in Vorschlag gebracht. Dabei sollen die Preise in Verbindung mit den Großhändlern festgesetzt werden. Um weiteren Beunruhigungen im Industriegebiet das für die Kohlenversorgung Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung ist, vorzubeugen, will Preußen beim Reich u. a. vorschlagen, daß den westfälischen Bergarbeitern ähnlich wie den Beamten und Staatsarbeitern Vorräte bewilligt werden für die bevorstehende Kartoffelversorgung. Außerdem soll sich die Reichsbahn auf einen möglichst schnellen Kartoffeltransport einrichten.

Die Untersuchung gegen den Reichswehrminister.

W. T. B. Berlin, 11. Sept. Heute konstituierte sich im Reichstag der vom Plenum infolge des Antrags von Dr. Beckerlin eingeleitete Untersuchungsausschuss gegen den Reichswehrminister Dr. Seeckt unter dem Vorsitz Emmingers (Bayer. Volk.). Der Reichswehrminister erklärte sich im Interesse der Gründlichkeit der Untersuchung, die ihm durchaus dienlich und willkommen sei, dafür, daß alle Fälle, die den Untersuchungsausschuss wichtig erschienen, für die er als Minister dem Reichstag gegenüber die persönliche Verantwortung trage, in den Rahmen der Tätigkeit des Ausschusses einbezogen würden.

Eine deutsche Note an den Völkerbund.

W. T. B. Genf, 11. Sept. Der Leiter des deutschen Konsulats in Genf, Legationsrat Dr. Kasse, überreichte heute dem Generalsekretariat des Völkerbundes im Auftrag der Reichsregierung folgende Note:

Der deutschen Regierung ist aus der polnischen Presse der Bericht einer Note der polnischen Regierung an den Völkerbund bekannt geworden, in der die polnische Regierung eine Reihe heftiger Anschuldigungen gegen deutsche Regierungsorgane wegen angeblicher Unterdrückung der polnischen Minderheiten in Deutsch-Oberschlesien, Oppressen und dem übrigen Deutschland richtet. Hinsichtlich Oberschlesiens, an dessen Minderheitenanteil allein ein Interesse des Völkerbundes gemäß dem Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 besteht, hat die deutsche Regierung die Ehre, darauf hinzuweisen, daß sie die fraglichen Vorwürfe als in jeder Weise unberechtigt und haltlos zurückweisen muß. Die deutsche Regierung behält sich vor, dem Völkerbund eingehendes Material vorzulegen, aus dem die Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen hervorgeht, was übrigens auch durch das Zeugnis des Herrn Präsidenten Calonder sowie des Herrn Präsidenten Kaadenberg leicht nachzuweisen ist. Im übrigen muß die deutsche Regierung daran festhalten, daß die Beschwerden der polnischen Minderheiten auf dem durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 vorgesehenen Instanzenwege erledigt werden.

Die Ausschreitungen in Polnisch-Oberschlesien.

Br. Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Katowitz gemeldet wird, hat die Polizeidirektion den Ausnahmezustand über die Stadt Katowitz verhängt. Die ausländischen Behörden haben sich an den Ministerrat mit der Bitte gewandt, außerordentliche Gerichte einzusetzen. Bei Ruhestörungen, Raub, Diebstahl, Erpressung oder Brandstiftung ergriffen wird, soll der Todesstrafe verfallen.

Die Zeitung „Kollat“ sucht in einer Extraausgabe die deutschen Banken mit der Behauptung zu verleumden, sie schuldeten der polnischen Regierung 200 Millionen Mark. Das sei die Ursache der fürchterlichen Krise. Der Zusammenbruch in Oberschlesien ist durch die Unfähigkeit der polnischen Behörden erfolgt. Wenn die polnischen Behörden in Oberschlesien die polnische Währung einführen wollen, so brechen sie damit die unterzeichneten Verträge. Um einer deutschen Bewehrung aber auszuweichen, beschließt „Kollat“ die deutsche Regierung, sie habe den Genfer Vertrag gebrochen und nicht genügend Geld für Oberschlesien zur Verfügung gestellt.

Br. Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Aus Königsberg wird gemeldet: Während in Katowitz durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Androhung der Todesstrafe bei Unruhen Ruhe eingekehrt ist, haben die Unruhen gestern auf Bismarckhütte übergriffen. Der Beschäftigte der Bismarckhütte wurde die Auszahlung der Löhne in polnischer Währung angelündigt. Die Arbeiter bezeichneten diese Maßnahme als Valutaschwund der Unternehmer und drangen in die Wisa des Direktors ein, schäme diesen bis er blutüberströmt zusammenbrach. Polier wurde entfangen und als eine Abteilung Infanterie einrückte, blieben bei den Schießereien 8 Mann auf dem Platz.

Die Kriegslage in Kleinasien.

Vor einem Eingreifen Englands?

Die gestrigen Meldungen aus Smirna und Konstantinopel lassen nach englischer Auffassung die Lage nach wie vor bedrohlich erscheinen. Die alliierten Vertreter in Konstantinopel richteten gestern eine Note an Kemal, in der sie ihn warnen und ankündigen, daß sie die Stadt verteidigen würden. Londoner militärische Sachverständige glauben, daß nach der letzten Verstärkung der französischen Besatzung genügend alliierte Truppen zur Verteidigung der Stadt vorhanden seien. Offiziell wurde erklärt, die britischen Kriegsschiffe würden wahrscheinlich eingreifen, wenn die Türken auf Thrazien überzureisen versuchen würden. Frankreich soll das unterstützen, da die kleine Entente Frankreichs diplomatischer Schilling und sogar Bulgariens gegen die Wiederherstellung der türkischen Macht in Europa sei. Offizielle Kreise, die Ende der Woche zu dem Glauben neigten, die türkische Rückeroberung Anatoliens würde die Lage beschleunigen, fürchten jetzt ernstlich, daß die Türken Ersätze besäßen. Anträge auf die vorhandenen Residenten in Konstantinopel könnten wohl überleben werden, aber jede Bedrohung der britischen Stellung in Kleinasien oder Indien würde das Signal zum Eingreifen bedeuten. Für den Augenblick tritt in diplomatischen Kreisen das Verprechen an Griechenland völlig in den Hintergrund gegenüber der formalistischen Bedrohung des Machtgleichgewichts im nahen Osten. „Evening Standard“ erklärte gestern Abend, die militärischen Vorbereitungen zu Wasser und zu Lande seien getroffen für alle Fälle, die sich aus dem arabischen Zusammenbruch ergeben, und deutet auf eine starke Vermehrung der britischen Streitkräfte im nahen Osten hin. Offiziell ist dafür allerdings noch keine Bestätigung zu erwarten.

Der Zusammenbruch der griechischen Armee.

D. Paris, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Athener Regierung scheint mit gewisser Belohnung die Wirkung der Niederlage in Kleinasien auf die Truppen zu verfolgen. Sie hat nur noch den einen Wunsch, die Truppen so schnell als möglich zu demobilisieren. 10000 Mann sind bereits im Voraus gelandet worden. Etwa 10000 Mann werden noch erwartet. Das ist alles, was sich aus dem Zusammenbruch reiten konnte. Die Nachrichten aus Kleinasien haben auch unter den arabischen Truppen in Thrazien eine beunruhigende Wirkung hervorgerufen.

Ein Aufruf Mustafa Kemal-Bahas an das türkische Volk.

D. Paris, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Ankara-Meldung soll Mustafa Kemal-Bahas an das türkische Volk einen Aufruf ergangen haben, in dem es heißt: Unsere Offensiven, die am 20. August in Form einer großen Schlacht begonnen hatte, dauerte fünf Tage. Der Mut, die Schnelligkeit, die Heldentat der Armee, der Regierung und der großen Nationalversammlung hat es ermöglicht, die Größe der Truppen unserer armenen und hochmütigen Feinde zu vernichten. Der Aufruf schließt: Unsere Nation kann mit Vertrauen in die Zukunft schauen und wir können sicher sein, daß unsere Armee am dem Ziel der Weg findet, den sie sich vorgesetzt hat. — Die Nationalversammlung hat das Ende der Nationaltruppen angeordnet und in ihren Gebäuden verschiedene Truppen, darunter das Schwert des Generals Dardanelles, aufgestellt. — Nach Meldungen Londoner Abendblätter ist es infolge der Entlassung des türkischen Kriegsgesichtes durch den formalistischen Sieg in Kleinasien zu einem ersten Angriff türkischer Agenten auf Ausländer, einschließlich Engländer, in Palästina gekommen, bei dem mehrere Personen ums Leben kamen.

Über die politische Stellung im Orient wird geschrieben: Der Kampf in Kleinasien nähert sich seinem Ende. Ein neuer Kampf geht an, in dem es letzten Endes nicht nur um die Frage geht, nicht nur um den Friedensvertrag von Sèvres allein, sondern in dem es auch um den bulgarischen Friedensvertrag von Neuilly und die beiden Friedensverträge von London und Bukarest gehen wird. Ein Kampf, in dem Frankreich durch Schaffung eines ihm ergebenen türkisch-bulgarisch-serbischen Blocks sich endgültig das Übergewicht über England im Orient und im ganzen östlichen Mittelmeer sichern will.

Die Solidarität der Alliierten.

W. T. B. London, 12. Sept. Sir Frederick Maurice drückt der „Daily News“ aus Konstantinopel, daß zur Vorbereitung der alliierten Solidarität französische und italienische Truppen sich auf Befehl der alliierten Generale den britischen Truppen auf der Dardanelen anschließen. Englische Kriegsschiffe, aus Smirna und in Tiflis, an der ersten Stelle der Dardanelen, einestollen. Kemal-Bahas ließe demnach eine gemeinsame front Demonstration gegenüber. Auf diese Aktion der alliierten Generale werde eine baldige Erklärung der alliierten Regierungen folgen. Französische Truppen haben sich nach Brüssel, das immer noch von den Griechen gehalten wird, begeben, um die dortigen Christen zu schützen und die Zerstörung von Eigentum zu verhindern. Die nationalen christlichen Kundgebungen in Konstantinopel nehmen zu und richten sich immer mehr gegen die Regierung des Sultans.

W. T. B. London, 12. Sept. Reuter meldet aus Mafsa, es verlautet, daß zwei britische Batterien den Besatz erhalten haben, sich zum Abtransport nach Konstantinopel bereit zu halten. — Die „Times“ meldet, daß die alliierten Oberkommandeure in Konstantinopel der Ankara-Regierung mitgeteilt haben, daß die Alliierten unter keinen Umständen irgend eine Verletzung der neutralen Zone, die den Bosphorus und die Dardanelen einschließt, durch die formalistische Armee dulden werden. In britischen Kreisen werde nach wie vor darauf gedrungen, daß es unbedingt notwendig sei, die türkische und die Dardanelen-Fronte von allen Verhandlungen fern zu halten, die als unmittelbares Ergebnis der Operationen in Anatolien entstehen könnten. — Eine Abordnung alliierter Truppen einschließlich Matrosen und Seefisken von den britischen Schiffen ist nach Smirna geschickt worden, um die alliierten Interessen zu schützen. Bei der Besetzung Smirnas durch die Türken ereigneten sich nur wenige Ausfälle und Minderungen.

"Romanische Dichtung". In der Vortragsreihe des Verbundes der Studierenden in den Räumen am Helio. Die Romanistik und der deutsche Sprachunterricht in der Universität Bonn. Ein Vortrag von Prof. Dr. Dr. h. c. Wajzel, über "Romanische Dichtung". Prof. Wajzel ist eine bekannte Autorität auf diesem Gebiet. Um ihn ist eine Reihe einbringender Beiträge über das Selbstleben des 18. und 19. Jahrhunderts zu erwarten.

Kurse vom 11. September 1922.

Kurse vom 11. September 1922.

Kurse vom 11. September 1922.

Banken und Geldmarkt.

Potpourri a. „Der Zigeunerbaron“.
Frühlingstänzen, Walzer

